2018/12 dschungel

https://www.jungle.world/artikel/2018/12/no-more-dreamers

Arlie Russell Hochschilds »Fremd in ihrem Land« erzählt vom Ende des »Amerikanischen Traums«

No More Dreamers

Von **Jakob Hayner**

Die US-amerikanische Journalistin Arlie Russell Hochschild ist nach Louisiana gereist und hat sich fünf Jahre lang bei Leuten umgesehen, die sich abgehängt fühlen, Trump wählen und den »Amerikanischen Traum« nicht mehr teilen. Hochschilds Buch »Fremd in ihrem Land« trägt viel zum Verständnis der politischen Entwicklung nicht nur in den USA bei.

Anfang dieses Jahres verkündete US-Präsident Donald Trump, dass man Offshore-Ölbohrungen vor den amerikanischen Küsten ausweiten wolle und dafür Sicherheitsvorschriften, die nach dem Untergang der Bohrplattform Deepwater Horizon eingeführt wurden, gelockert werden sollen. Deepwater Horizon gilt als größte Umweltkatastrophe der USA, bei der es 2010 auf der gleichnamigen Bohrinsel im Golf von Mexiko zu einer Explosion kam. Elf Menschen starben und aus einem Leck einer Bohrleitung traten über Wochen insgesamt 780 Millionen Liter Öl aus, Meerestiere starben, ganze Küstenabschnitte vor allem des Bundesstaates Louisiana wurden verschmutzt und verseucht. Für das Fischereigewerbe war Deepwater Horizon eine Katastrophe, ein großer Teil der Fische und Meeresfrüchte für den amerikanischen Markt kommt aus dem Golf von Mexiko. Auslöser war ein Ventilschaden bei einer Tiefseebohrung.

Die Sicherheitsvorkehrungen sollten solche Schäden künftig verhindern. Trump sprach jedoch von »unnötigen Restriktionen« für die Energiewirtschaft. Das ist irreführend, weil die Öl- und Energieindustrie in Louisiana kaum Restriktionen unterliegt, die Umweltstandards sind sehr niedrig, die Umweltzerstörungen groß und die Gewinne der Unternehmen noch größer – der für Deepwater Horizon verantwortliche Konzern British Petrol verkündete Anfang Februar eine Verdoppelung des Gewinns auf 6,2 Milliarden Dollar für das Geschäftsjahr 2017, die fünf Energiekonzerne Shell, BP, Exxon Mobil, Chevron und Total konnten ihren Gewinn im Vergleich zum Vorjahr beinahe verdreifachen – auf zusammengerechnet 53,6 Milliarden Dollar. Weitaus irritierender aber ist, dass ein Großteil der Menschen in dem Küstenstaat die Maßnahmen von Trump befürwortet oder gar die Abschaffung der Umweltbehörde fordert, obwohl sie in der Folge unmittelbare Einschränkungen ihrer Lebensqualität erwarten müssen. Warum ist das so?

Und warum sind die Rechten in Louisiana so stark – die Tea Party erfreut sich dort Zustimmungswerten von um die 50 Prozent?

Um diese Frage zu beantworten, reiste die linksliberale Politikwissenschaftlerin Arlie Russell Hochschild von der Universität im kalifornischen Berkeley für fünf Jahre nach Baton Rouge und Umgebung und sprach dort mit amerikanischen Tea-Party- und Trump-Anhängern. Ihr Bericht liegt auf Deutsch unter dem Titel »Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten« vor und trägt zum Verständnis der gegenwärtigen politischen Situation in den USA weitaus mehr bei als der auf die voyeuristischen Reflexe des Publikums spekulierende, reißerische Bericht »Feuer und Zorn«, der zurzeit die Bestsellerlisten anführt.

Louisiana ist der zweitärmste Bundesstaat der USA. Die Lebensqualität und die damit verbundene Lebenserwartung sind gering, wie offizielle Statistiken zeigen. Zwischen den - armen und den wohlhabenden Bundesstaaten bestehen gewaltige Unterschiede, vergleichbar denen zwischen einem industriell entwickelten Land und einem Drittweltstaat.

Der in Louisiana ansässigen petrochemischen Industrie werden Milliardengeschenke aus Steuergeldern gemacht, während diese Unternehmen zwar öffentlichkeitswirksam Wohltätigkeitsveranstaltungen abhalten, aber kaum Steuern zahlen. Parallel dazu werden Krankenhäuser geschlossen, medizinisches Personal wird entlassen, die öffentliche Verwaltung abgeschafft, Schulen werden zugemacht. Die in Louisiana sehr einflussreichen Kirchen übernehmen zahlreiche der eigentlich öffentlichen Aufgaben. Weil der Staat so arm ist, wird er aus Bundesmitteln subventioniert – trotzdem ist nirgendwo sonst das »Establishment von Washington« so verhasst. Viele der in Armut lebenden Menschen sind auf Sozialleistungen angewiesen. Teilweise haben die Gesprächspartner von Hochschild selbst solche Leistungen bezogen – und sprechen sich trotzdem für deren Abschaffung aus. Diese würden nur Arbeitsverweigerer, Schmarotzer alimentieren.

Das ist einer der Widersprüche, auf die Hochschild trifft. Bei Fragen des Naturschutzes ist es ähnlich. Die Gesprächspartner zeigen sich naturverbunden. Gleichzeitig ist die Umweltzerstörung in großen Teilen des Staates so fortgeschritten, dass man die Fische, die man angelt, nicht mehr verzehren kann, dass man in den See und Flüssen nicht mehr - baden kann, dass man die Luft kaum noch atmen kann, dass der Ausblick von einem Tag auf den anderen von einer Ölfabrik verstellt wird, dass der Boden, auf dem das Haus steht, aufgrund des in Louisiana exzessiv betriebenen Frackings einfach nachgibt und in methangasgeschwängertem Ölschlamm versinkt. Viele Menschen erkranken und sterben an Krebs. Sollten all jene, die dort leben und nicht in der petrochemischen Industrie beschäftigt sind (das sind nämlich nur wenige Facharbeiter), nicht ein handfestes Eigeninteresse an strengeren Vorschriften für die Industrie haben?

Doch die Gesprächspartner von Hochschild sprechen sich nicht für Umweltschutz aus, im Gegenteil. Sie hassen den Staat mehr als die Industrie. Sie halten den Klimawandel für eine Erfindung. Sie informieren sich über Fox News, die Kirchengemeinde, Freunde. Sie sind einer Meinung, sie hassen das kulturelle Establishment – nicht das ökonomische.

Sie geraten in einen ekstatischen Rausch, wenn Trump verspricht, ihnen ihr Land zurückzugeben. Denn so fühlen sie sich: fremd in ihrem Land. Interessant ist, dass Hochschild sich mit diesem Befund nicht zufriedengibt, sondern erkundet, welche gesellschaftsgeschichtliche Erfahrung sich in diesem Gefühl ausdrückt. Und so offenbart sich eine »emotionale Tiefengeschichte«, wie sie es nennt. Ihre Gesprächspartner kommen aus dem verarmten Kleinbauerntum des Südens, das sich vom Norden seit der Niederlage im Bürgerkrieg und nochmals seit den sechziger Jahren bevormundet fühlt. Über Generationen hat man verzichtet, viel gearbeitet und an den allmählichen Aufstieg geglaubt.

Doch spätestens seit den achtziger Jahren geht es nicht mehr weiter, die Löhne sinken, - Arbeitslosigkeit ist allgegenwärtig. Durch die zur selben Zeit aufgelegten Programme zur affirmative action und die zahlreichen Antidiskriminierungsmaßnahmen fühlen sich diese Menschen ohne ökonomische Perspektive um das betrogen, was ihrer Ansicht nach ihnen zustehen sollte. Daraus speist sich der Hass auf den Staat, den sie nicht als unterstützend, sondern nur als einschränkend wahrnehmen. Der demokratische Präsident Barack Obama (der bei den Wahlen 2012 in Louisiana 14 Prozent im Vergleich zu bundesweit 39 Prozent der abgegebenen Stimmen der Weißen bekam) wird für sie zum Symbol dieser Entwicklung, nur deshalb konnte Trump so erfolgreich werden.

Was diese Menschen treibt, ist nicht der Wunsch nach einer Grenze zu anderen Staaten oder Menschen anderer Hautfarbe – vor allem verlangen sie eine sichere Grenze zu den Armen, die sie so sehr verachten, weil sie ihnen so nah sind. Für die Rechte tobt der Klassenkampf zwischen den Armen und den Arbeitern, während die Liberalen sich weitgehend auf Verteilungskämpfe innerhalb der Mittelklasse konzentrieren. Das ist es, was Trump und die Tea Party versprechen – die Armen zu bekämpfen, nicht die Armut. Und so werden arme Landstriche regelrecht zerfrackt.

Dass in Louisiana viele Menschen an die sogenannte Entrückung, eine freikirchliche Endzeitvorstellung, glauben, verwundert kaum. Tatsächlich sind es auch diese subjektiven Voraussetzungen, die Louisiana für die Industrie attraktiv macht. Die dort lebenden Menschen wählen die Republikaner, glauben an Verzicht und Leistung, sind religiös und affirmieren den Kapitalismus auch in seiner zerstörerischen Dynamik. Von ihnen ist kein Widerstand zu erwarten. Und selbst wenn sie zum Beispiel von der Fischerei leben, befürworten sie die Abschaffung von Restriktionen für die Ölwirtschaft wie im Fall von Deepwater Horizon – ebenso wie sie frenetisch jede Steuersenkung für die Superreichen bejubeln, obwohl sie davon keinen Nutzen haben. Der Glaube an den Kapitalismus im Allgemeinen und an die neoliberale Ideologie, dass für jedes durch den Markt verursachte Problem der Markt auch eine Lösung bereitstelle, macht sie blind für ihre Interessenlage. Zudem ist die Emotionalisierung der Politik so weit fortgeschritten, dass tatsächlich der bloße Appell an den Stolz ausreicht, um sie die unmittelbarsten Auswirkungen der von ihnen unterstützten Politik vergessen zu lassen. Aber sind sie deswegen einfach nur die hinterwäldlerischen Rednecks, der verabscheuenswerte white trash, der Müll der Gesellschaft? Oder führen solche Bezeichnungen nicht genau in die Falle des gekränkten patriotischen Stolzes, den Trump und die Tea Party so geschickt zu nutzen wissen, um in der Folge die so Angesprochenen noch weiter in den Dreck zu stoßen? Ist es sinnvoll, die Verachtung, der sie materiell ausgesetzt sind, in der politischen Rhetorik zu

reproduzieren – man denke an Hillary Clintons »basket of deplorables«?

Diese Kläglichen müssen immerhin in den apokalyptischen Landschaften leben, in die der Kapitalismus sich anschickt, ganze Landstriche zu verwandeln. Und auch im weitaus umweltbewussteren und im Gegensatz zu Louisiana von Demokraten regierten Kalifornien lebt man von den auf diese Weise produzierten Waren – das Silicon Valley kommt nicht ohne Energie aus. Die Zusammenhänge, die Hochschild in ihrem Buch, zeigen, dass die Kritik der politischen Situation nicht von der Kritik des gesellschaftlichen Zusammenhangs zu trennen ist.

Arlie Russell Hochschild: Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Aus dem amerikanischen Englisch von Ulrike Bischoff. Campus-Verlag, Frankfurt am Main, 2017, 429 Seiten, 29,95 Euro

© Jungle World Verlags GmbH